Das Buch ist, anders als sein Titel vermuten lässt, keine Kapitalismuskritik, sondern es will erklären, was Kapitalismus eigentlich ist, wie er entstanden ist und wie er funktioniert. Anders als im angelsächsischen Sprachraum wird der Begriff „Kapitalismus“ bei uns nicht gerne in den Mund genommen, man spricht lieber von „Marktwirtschaft“, das klinge „kuscheliger“. Ulrike Herrmann begründet, warum „Marktwirtschaft“ zur Beschreibung modernen Wirtschaftens unzureichend ist: Märkte gab es schon immer in der Menschheitsgeschichte, schon im Zweistromland, im römischen Reich, im kaiserlichen China, im mittelalterlichen Europa und seit Menschengedenken wurde schwunghafter Handel betrieben. Auch eine Geldwirtschaft existierte schon in der Antike, es gab Banken, schon die Bibel und der Koran beschäftigten sich mit Zinsen, es gab schon vor Jahrhunderten bargeldlosen Zahlungsverkehr und erstaunlich raffinierte „Finanzprodukte“. Und vor allem, es gab auch schon immer Wettbewerb zwischen den Völkern und Kontinenten. Man kannte die Dampfkraft schon bei den Römern und Gewinnstreben sowie Reichtum gab es zu allen Zeiten sowieso. Aber es gab keinen Kapitalismus. Was also ist Kapitalismus? Von **Wolfgang Lieb**.

Um mein Urteil vorweg zu nehmen: Ulrike Herrmanns neues Buch „Der Sieg des Kapitals – Wie Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen“ ist ein gutes und interessantes Buch. Es ist lesenswert und dazu auch für den nicht wirtschaftswissenschaftlich Geschulten gut lesbar. Ulrike Herrmann bürstet viele der weit verbreiteten wirtschaftspolitischen Mythen und der gängigen ökonomischen Allgemeinplätze gegen den Strich und öffnet Sichtweisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge, die im Laufe der letzten Jahrzehnte durch die vorherrschende Glaubenslehre des sog. „Neoliberalismus“ verstellt wurden. Es ist erhellend, dass wirtschaftliche Wechselbeziehungen einmal nicht an Hand von ökonomischen Modellen oder mathematischen Formeln dargestellt werden, sondern historisch hergeleitet und anschaulich erläutert werden. Auch wenn man nicht allen von Ulrike Herrmann vertretenen Thesen folgen mag, so liefern sie doch wichtige Denkanstöße und bringen verschüttete Alternativen zur angeblichen Alternativlosigkeit wieder ans Licht. Es ist ein Buch, das man eher einem emeritierten Wirtschaftshistoriker als Alterswerk zugetraut hätte, als einer noch relativ jungen Autorin.
Wie ihrem letzten Buch „Hurra, wir dürfen zahlen“, kann man Ulrike Herrmanns „Sieg des Kapitals“ nur viele Leserinnen und Leser wünschen.

„Der Begriff Kapitalismus hat den Vorteil, dass er präzise beschreibt, was

> *die heutige Wirtschaftsform auszeichnet: Es geht um den Einsatz von Kapital mit dem Ziel, hinterher noch mehr Kapital zu besitzen, also einen Gewinn zu erzielen. Es handelt sich um einen Prozess, der exponentielles Wachstum erzeugt.“*

(S.9)

Hohe Löhne als Triebkraft des Kapitalismus

Warum nahm Ende des 18. Jahrhunderts – ausgerechnet auch noch vom ärmsten Teil Englands aus – eine Wirtschaftsform ihren Ausgangspunkt, die als Kapitalismus ihren Siegeszug nahezu über den gesamten Globus fortsetzte. Dass zum ersten Mal in der Geschichte Maschinen – also investiertes Geld – menschliche Arbeitskraft ersetzte, das ist für Ulrike Herrmann das Startsignal für die industrielle Revolution.

Doch was war die Triebkraft Arbeit durch Kapital (also durch Technik) zu ersetzen? Es waren die relativ – also etwa gegenüber der indischen Konkurrenz – hohen Löhne der Textilarbeiter im ländlichen Nordwesten Englands. Der Lohn wurde also zur Peitsche für den technischen und industriellen Fortschritt – und das gilt bis heute.

Doch bis in die aktuelle politische Debatte habe sich das Missverständnis gehalten, dass die Löhne sinken müssten, damit die Wirtschaft im „globalen Wettbewerb“ konkurrenzfähig bleibe. Dabei sei es doch gerade umgekehrt:

> *„Nicht durch niedrige Löhne wird der Kapitalismus angetrieben, sondern durch hohe. Nur wenn die Arbeitskräfte teuer sind, lohnen sich technische Innovationen, die die Produktivität steigern und damit Wachstum erzeugen.“*

(S. 44)

Man mag diese These vom Lohndruck vielleicht als eine zu monokausale Begründung für den Übergang der früheren Wirtschaftsformen zur Epoche des Kapitalismus relativieren, denn schließlich gab es vorher die englische Agrarrevolution, also die Landnahme seitens des niedrigen Adels, die zu höherer Produktivität und größerem allgemeinen Wohlstand führte. Doch Ulrike Herrmann schildert anschaulich, wie es nahezu sämtliche anderen Elemente des Kapitalismus,

also angefangen vom Reichtum, Gewinnstreben, über Geld, Kredite, Zins, Ausbeutung, Wettbewerb oder etwa auch technisches Wissen historisch schon gab, ohne dass ein dauerhaftes Wachstum entstanden wäre. In früheren Epochen habe es jedoch keinen Zwang gegeben, in technische Verbesserungen zu „investieren“ und Wachstum zu generieren. Erst die Steigerung des allgemeinen Wohlstandes durch höhere Löhne machte die Ersetzung von Arbeitskraft durch Technik „rentabel“. Und reales Wachstum könne es eben nur durch technischen Fortschritt geben und ohne technischen Fortschritt sei der Kapitalismus am Ende. (S. 83)

Derartige, für manchen überraschende Einblicke in das Funktionieren des Kapitalismus liefert Ulrike Herrmann Kapitel um Kapitel in ihrem neuen Buch. So klärt sie die Missverständnisse auf, etwa dass der Kapitalismus identisch wäre mit einer „Marktwirtschaft“ oder dass der Staat nur Störer des „freien“ Marktgeschehens oder dass Globalisierung etwas „völlig Neues“ sei.

Marktwirtschaft, eine „Fiktion“

Mit den immer höheren Investitionskosten für Eisenbahnen, Bergwerke, Stahlwerke oder Fabriken für die Massenproduktion seien Großkonzerne entstanden, die mehr und mehr marktbeherrschende Stellungen einnahmen gegen deren Größe niemand mehr ankam und die seit mehr als 100 Jahren den Markt bis auf die Nischen für die kleinen Selbstständigen „zementieren“. (S.68) Obwohl heutzutage ständig von „den Märkten“ die Rede sei, von den Finanz- über die Wohnungs- bis hin zu den Heiratsmärkten sei dieses Gerede „eine Fiktion“ (S. 75). Bei genauerem Hinsehen sei es fast unmöglich, in der offiziellen »Marktwirtschaft« namens Deutschland einen echten Markt zu entdecken. (S. 82)

> *„Der Markt ist eine Spielwiese für die Kleinen. Dominiert wird die Wirtschaft von wenigen Konzernen, die große Teile des Umsatzes kontrollieren.“*

(S. 70)

So stammten z.B. von den DAX-Unternehmen fast alle aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Weniger als ein Prozent der größten Unternehmen erwirtschafteten in Deutschland fast zwei Drittel des Umsatzes. (S. 68) Und die Großkonzerne unternähmen alles, um den Wettbewerb möglichst zu vermeiden, indem sie

fusionierten, kooperieren oder vertikal integrierten.

> *„Diese enorme Konzentration hat die neoliberalen Vordenker jedoch nie erschüttert. Unermüdlich predigen sie die Lehre vom freien Wettbewerb, den sie dann auch noch zur Basis der politischen Freiheit adeln.“*

(S. 69)

Eine „freie“ Marktwirtschaft gebe es im Übrigen genauso wenig wie eine „Leistungsgesellschaft“, denn es kreisten immer die gleichen Männer durch die Aufsichtsräte und die Spitzenpositionen der großen Unternehmen. Untersuchungen des Eliteforschers Michael Hartmann hätten gezeigt, dass bei den Spitzenmanagern letztlich nicht die Fähigkeit entscheidend für die Erlangung ihrer Führungsrolle sei, sondern vor allem deren Herkunft. 85 Prozent der Vorstandsvorsitzenden der 100 größten deutschen Unternehmen stammten aus dem Großbürgertum oder dem Bürgertum, die gemeinsam nur ganze 3,5 Prozent der Bevölkerung umfassten. (S. 72).

> *„Die Theorie von der »freien Marktwirtschaft« ist eine sehr mächtige politische Waffe, die wenigen Firmen und ihren Aktionären nützt.“*

(S. 84)

Der Arbeitsmarkt, ein Paradox

Die Autorin entzaubert auch die herrschende Lehre vom „Arbeitsmarkt“. Marktwirtschaft könne ja eigentlich nur richtig funktionieren, wenn es keinen Zwang gebe, weil es sonst zu einem einseitigen Preisdiktat komme.

> *„Daraus folgt unmittelbar: Der »Arbeitsmarkt« kann gar kein echter Markt sein, der von selbst einen fairen Lohn erzeugt. Denn ungeschützt wären die Beschäftigten gezwungen, ihre Arbeitskraft selbst zu niedrigsten Preisen zu verkaufen, weil sie überleben müssen. Es herrscht ein Machtgefälle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie schon Adam Smith weitsichtig beobachtet hat.“*

(S. 76)

Der „Arbeitsmarkt“ funktioniere daher erst, seit es Gewerkschaften gibt, die als Kartelle den Preiskampf zwischen den einzelnen Arbeitnehmern unterbunden hätten.

> *„Es handelt sich also um ein Paradox. Der »freie« Arbeitsmarkt wurde erst möglich, als der Wettbewerb zwischen den Arbeitnehmern eingeschränkt wurde.“*

(S. 77)

Es ging um „Solidarität“, was das glatte Gegenteil von marktförmiger Konkurrenz sei. (S. 80)

> *„Der Durchbruch zur modernen Wohlstandsgesellschaft begann erst ab etwa 1880, als auch die Reallöhne anfingen, deutlich zu steigen. Dies war vor allem den Gewerkschaften zu verdanken, die 1871 in England gesetzlich zugelassen wurden. Es entwickelte sich eine neue Massenkaufkraft, die den Kapitalismus nochmals veränderte. Es entstand die Konsumgesellschaft.“*

(S. 49)

Nicht nur an dieser Stelle zieht Ulrike Herrmann aus der historischen Betrachtung konkrete Rückschlüsse auf die gegenwärtige Politik: Der Dammbruch gegenüber dieser Einschränkung des Wettbewerbs zwischen Arbeitnehmern, seien die rot-grünen Hartz-Gesetze gewesen, die die Arbeitslosen gezwungen hätten, fast jeden Lohn zu akzeptieren, ohne dass es gleichzeitig einen gesetzlichen Mindestlohn gebe.

> *„Seither sind die Arbeitnehmer erpressbar, was nicht nur die unteren Schichten spüren. Auch die Mittelschicht muss erleben, dass ihre Gehälter stagnieren. Zwischen 2000 und 2010 sind die Reallöhne im Mittel um 4,2 Prozent gefallen, obwohl die deutsche Wirtschaft zeitgleich um 14 Prozent*

> *gewachsen ist.“*

(S. 77)

Ohne Staat keine Marktwirtschaft

Die Wirtschaftskorrespondentin der taz enttarnt einen weiteren „Propagandatrick“ der Lehre von der „freien Marktwirtschaft“ , nämlich dass dem Markt alles Gute, also Freiheit, individuelle Entfaltung, richtige Preisbildung, eine dem Bedarf folgende Güterproduktion und vor allem Effizienz zugeschrieben, während dem Staat alles Schlechte, also Gängelung, Bürokratie, Gleichmacherei, Korruption oder Ineffizienz angelastet werde. (S. 84)
Vor allem seit dem Thatcherismus und den Reaganomics habe sich die Ideologie durchgesetzt, dass der Staat „ausgehungert“ werden müsse („starve the beast“ so lautete damals der Schlachtruf aus dem angelsächsischen Raum und bis heute aus der amerikanischen Tea-Party-Bewegung).

Der Kapitalismus sei jedoch gerade nicht gegen den Staat entstanden, sondern habe immer Staatshilfe genossen. (S. 89)

Eine Schilderung über die sich im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus sich wandelnde Rolle des Staates in diesem Buch kann ich mir ersparen. Sie können dieses Kapitel hier als Leseprobe nachlesen.

Globalisierung ist nichts Neues

Ulrike Herrmann stützt, die auch von Albrecht Müller schon 2004 in seiner „Reformlüge“ begründete These (die ihm manche Kritik eingetragen hat), dass „Globalisierung“ historisch betrachtet „nichts Neues“ sei. Als relativ neu würde dieses Phänomen nur deshalb empfunden, weil dieser Prozess der globalen Vernetzung von Handelsströmen und damit der weltweiten Preiskonkurrenz durch die Weltkriege des letzten Jahrhunderts unterbrochen worden sei. (S. 100)

> *„Neu ist also nicht die Globalisierung – neu ist nur, dass sie als neoliberales Argument missbraucht wurde, um die Löhne zu drücken, die Steuern für die Unternehmen zu senken und die Finanzmärkte zu deregulieren. Aber dies waren keine Sachzwänge, sondern politische Entscheidungen, die ab 1980 einsetzten und die sich wieder korrigieren*

lassen.“

(S.104)

Die Autorin geht dabei auch auf die Ängste ein, mit der Globalisierung würden Betriebe verlagert, Arbeitsplätze verloren gehen und damit der Wohlstand der „alten“ Industrieländer geschmälert. Auch diese Drohung sei ein Klischee. Heute fürchteten sich die Europäer vor den Chinesen, wie vor 100 Jahren die Engländer das Imitieren von technischen Entwicklungen durch die Deutschen als gefährlich betrachteten. Doch es habe sich gezeigt, dass der weltweite Wohlstand wachse, wenn neue Produzenten hinzukämen – obwohl sie zunächst billiger produzierten als die alten. Die hinzukommenden Konkurrenten würden auch in ihren eigenen Ländern zusätzlichen Wohlstand schaffen und schon Adam Smith habe erkannt, dass nur wo sich Wohlstand entwickle, neue und zusätzliche Nachfrage entstehen könne. (S. 103)

Nicht Geld, sondern Kapital befeuert die Wirtschaft

Ulrike Herrmann wagt sich an die Erklärung des wohl ewig rätselhaften Phänomens des „Geldes“ und gibt eine pragmatische Antwort: *„Geld ist, was als Geld akzeptiert wird.“* Geld werde weder durch Gold (ausführlich begründet im 10. Kapitel), noch durch sonst ein Mysterium – schon gar nicht durch „Innovationen“ auf dem Finanzsektor – gedeckt, sondern einzig und allein durch die Wirtschaftsleistung eines Landes.

„Geld ist so viel wert, wie man dafür an realen Produkten kaufen kann.“

(S. 115)

Sie setzt sich dabei kritisch mit den Kritikern des Geldsystems und den „Zinses-Zinstheoretikern“ innerhalb der politischen Linken, also etwa der Occupy-Bewegung auseinander. Die Zinskritiker glaubten genau wie die Spekulanten und Bonusjäger, an die Mystik des Geldes, nämlich dass Geld die Triebkraft der realen Wirtschaft sei. Doch nicht die Geldschöpfung oder Zinsen hätten ökonomische „Zauberkraft“ sondern erst wenn Geld Kapital finanziere, also wenn es produktiv investiert werde, befeure es die Wirtschaft. (S. 118f.) Geld und Kapital seien eben nicht das Gleiche. Geld werde nur zu Kapital, wenn es produktiv investiert werde, um Güter

herzustellen. Eine Gesellschaft könne für die Zukunft nur vorsorgen, indem sie heute in die Produktion von morgen investiere.

> *„Hätten die Zinskritiker recht, wäre es sehr einfach, auf eine Konjunkturdelle zu reagieren: Die Zentralbank müsste nur die Zinsen hochsetzen, um einen »Wachstumszwang« auszulösen und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Doch stattdessen geschieht das glatte Gegenteil.“*

(S. 131f.)

Das „Sparparadox“

So wäre es nach Ulrike Herrmanns Meinung sinnvoller gewesen, wenn Occupy vor dem Kanzleramt campiert hätte, statt vor der EZB in Frankfurt. Die europäische Zentralbank sei nämlich die einzige Institution gewesen, die in der Eurokrise, dadurch dass sie „Geld druckte“, richtig gehandelt hätte. Nicht die Notenbank, sondern die „Sparpolitik“ der Bundesregierung sei eine echte Gefahr für den Euro. (S .221f.) Die Merkels und Schäubles hingen einem wirtschaftspolitischen Denken nach, dass für die gesamte Volkswirtschaft gut sei, was für ein einzelnes Unternehmen gut sein mag. Sie hätten das vom „moderativ konservativen“ britischen Ökonomen John Maynard Keynes als bittere Lehre aus der Weltwirtschaftskrise abgeleitete „Sparparadox“ nicht verstanden. Sparen könne nämlich gefährlich sein, weil es die Nachfrage und damit die Wirtschaft abwürge. Was für einen privaten Haushalt oder für ein einzelnes Unternehmen, also was betriebswirtschaftlich sinnvoll sein mag, könne volkswirtschaftlich, vor allem wenn die Wirtschaft schwächelt, schädlich sein. Wenn Unternehmen und private Haushalte sparten, dann könne eben nur noch der Staat dieses Paradox auflösen. Der Staat spare nämlich garantiert nicht, denn was an Steuern einlaufe, werde umgehend ausgegeben und könne so die Wirtschaft stimulieren. (S. 177) Genau deshalb sei es sogar im Eigeninteresse der Unternehmen und der Vermögenden, wenn der Staat einen Teil der Ersparnisse absauge, indem die Reichen höher besteuert würden und die öffentliche Hand mit diesen vermehrten Steuereinnahmen als Auftraggeber und Investor agiere und Nachfrage schaffe und damit die Wirtschaft ankurbele, damit die Unternehmen auch wieder mehr Gewinne machen könnten.

Die Autorin begründet in weiteren Kapiteln, warum ohne Schulden die Wirtschaft

gar nicht wachsen kann und warum eine (leichte) Inflation (Geldentwertung) segensreicher ist, als eine mit wirtschaftspolitischen Instrumenten kaum mehr steuerbare Deflation („innere Abwertung“). (S. 134ff.)

> *„Solange die Löhne mit den Preisen mithalten, ist es letztlich gleichgültig, ob ein Ei heute viermal mehr kostet als vor 50 Jahren.“*

(S. 139)

Krisenauslösend sei die Inflation erst durch die kreditfinanzierte Spekulation und daraus entstehende Blasen.

Simples buchhalterisches Denken oder die schlichte Logik, müssten doch eigentlich erkennen lassen, dass in einer Volkswirtschaft nicht alle Sektoren gleichzeitig sparen könnten. Die Wirtschaft würde zusammenbrechen. Wenn jemand spare, dann müsse sich eben ein anderer verschulden, sonst bliebe das Geld auf der Bank liegen (S. 232f.) und Geld könne man ja bekanntlich nicht essen.

Der Unterschied zwischen einer Konjunkturkrise und einer Finanzkrise

Gerade in einem Land wie Deutschland, in dem sich die Hyperinflation der frühen zwanziger Jahre und die Weltwirtschaftskrise ab 1927 als Angsttrauma ins kollektive Gedächtnis der Bevölkerung eingegraben hat, ist es verdienstvoll, dass Ulrike Herrmann die Ursachen dieser Katastrophen zu Beginn des letzten Jahrhunderts anschaulich schildert. Sie arbeitet dabei den Unterschied zwischen einer Konjunkturkrise und einer Finanzkrise heraus. Eine Konjunkturkrise mag zu schmerzhaften Firmenpleiten führen, weil einzelne Firmen insolvent werden, d.h. dass die Gewinne und das Firmenvermögen nicht mehr ausreichen, um die Verluste aufzufangen. Eine Finanzkrise löse jedoch eine Liquiditätskrise aus, d.h. die Firmen oder Banken könnten ihre Zahlungsverpflichtungen eigentlich mühelos erfüllen, wenn nicht das gesamte Geldsystem gelähmt wäre, weil der Geldkreislauf kollabiert sei. Und hier spiele eine Zentralbank als „lender of last resort“ (als Kreditgeber der letzten Instanz) eine entscheidende Rolle.

> *„Wenn der Geldkreislauf stockt, werden die Banken mit Geld geflutet. Sobald sich die Panik beruhigt hat, wird dieses Geld wieder eingesammelt, indem die Notkredite auslaufen. Die Banken zahlen an die Zentralbank*

> *einfach zurück, was sie sich während der Panik geliehen haben. Das war’s schon.“*

(S. 157)

In dem Buch werden zahlreiche Beispiele aufgezeigt, wo dieser einfache „Trick“ in der Vergangenheit erfolgreich war. Umso misslicher sei es, dass die Europäische Zentralbank – anders als die britische oder die amerikanische Notenbanken – gehindert sei, in der europäischen Finanzkrise die Rolle des Kreditgebers der letzten Instanz einzunehmen.

In dem Buch wird erläutert, wie Spekulation funktioniert und wodurch sich diese von einer echten Wertsteigerung unterscheidet. Die Aktienmärkte belegten Tag für Tag, dass „Vermögen“ ein flüchtiger Wert seien. Dieser Wert könne dramatisch schwanken, ohne dass sich in der realen Welt viel verändert habe. Der „wahre Wert“ eines Vermögens bemesse sich an den Erträgen, die aus der laufenden Wirtschaftsleistung erbracht würden. (S. 140)

Der Sieg des Neoliberalismus über den Keynesianismus

Ulrike Herrmann erläutert, wie es in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts zum „Scheinsieg“ des Neoliberalismus über den Keynesianismus gekommen ist. Es habe sich etwa mit den Lehren des neoliberalen Vordenkers Milton Friedman eine „neue Spielanordnung“ des Kapitalismus durchgesetzt. Mit der Deregulierung und „Entfesselung“ der Finanzmärkte seien die Investmentbanken zu den profitabelsten Unternehmen der Welt geworden, während die Gewinne der Realwirtschaft im Vergleich dazu abnahmen. So sei etwa der „Wert“ der Aktien um ein Mehrfaches der jährlichen Wirtschafsleistung angeschwollen.

> *„Ein riesiger Finanzberg virtueller Werte hatte sich aufgetürmt, und seit dem Jahr 2000 sind Regierungen und Notenbanken nur noch damit beschäftigt, diesen Berg zu stabilisieren, damit er nicht wie eine Lawine niedergeht und die reale Wirtschaft unter sich begräbt.“*

(S. 198)

Die Autorin beschreibt auch für den finanzwirtschaftlichen Laien nachvollziehbar,

wie es zur Finanzkrise gekommen ist. Letztlich seien Aufseher, Ratingagenturen und Investmentbanker dem Irrtum unterlegen,

> *„dass sich Risiko ´diversifizieren` ließe. Doch das Risiko nimmt nicht ab, sondern bleibt im System und verteilt sich nur anders.“*

(S. 204)

Warum die aufkommende Finanzkrise nicht erkannt wurde

Sie meint auch den wahren Grund gefunden zu haben, warum selbst berühmte Ökonomen die Gefahren dieser keineswegs völlig neuartigen Erscheinung auf den Finanzmärkten unterschätzt hätten.

> *„Ein Grund: Die Schäden bei den Banken waren gar nicht besonders groß. Der Internationale Währungsfonds schätzte, dass die Verluste bei den Hypothekarverbriefungen etwa 500 Milliarden Dollar betragen würden. Diese Summe klingt enorm, ist in Wahrheit aber eher unbedeutend, denn bei den Banken ist weltweit ein Finanzvermögen von etwa 80 Billionen Dollar geparkt. Viele Ökonomen dachten daher lange, dass die Zusammenbrüche einzelner Banken und Fonds singuläre Ereignisse seien. Sie erkannten nicht, dass es sich um eine Systemkrise handelte. Zu dieser Fehleinschätzung trug bei, dass die eigentlichen Opfer bei einem Crash nie die Banken sind – sondern immer ihre Kunden.“*

(S. 206)

Doch selbst dieser „Restposten“ an Verlusten von 500 Milliarden Euro habe viele Bankinstitute überfordert. Die Erklärung sei

> *„erschütternd simpel: Die Banken hatten viel zu wenig Eigenkapital, um Verluste aufzufangen.“*

(S. 207)

Mit der „katastrophalen Fehlentscheidung“, die relativ kleine Investmentbank Lehman Brothers pleitegehen zu lassen, sozusagen um die anderen Banken zu verwarnen, brach das Chaos aus. Statt einer Verwarnung mussten die Staaten nun für die Banken eine Vollkaskoversicherung übernehmen:

> *„Um das Chaos zu stoppen, blieb den Regierungen keine Wahl: Sie mussten alle Bankguthaben garantieren.“*

(S.209)

Es sei im Übrigen kein Zufall gewesen, dass ausgerechnet deutsche Banken so viele toxische Papier „importiert“ hätten: Das sei eben die Kehrseite der deutschen Exportüberschüsse. (S. 211)

Mit der Bankenkrise sprang die Krise auf die Realwirtschaft über, weil nun eine Deflationsspirale einsetzte, die man schon aus der Wirtschaftskrise 1929 kannte: Die Aktienkurse seien eingebrochen, Investitionen seien aufgeschoben worden, der Konsum lahmte, die Kreditvergabe stockte, die Arbeitslosigkeit sei gestiegen. (S. 210)

Was Ordoliberale und linke Kapitalismuskritiker gemeinsam haben

Ulrike Herrmann schlägt einen eigenen Weg zur Lösung der Bankenkrise vor, einen Weg, der von dem der konservativen Ordoliberalen aber auch der linken Kapitalismuskritiker deutlich abweicht:

> *„In der jetzigen Eurokrise ist es erneut sehr populär zu fordern, dass Banken doch ruhig Konkurs anmelden sollen, wenn sie ihre Verluste nicht tragen können. Dabei kommt es oft zu einer seltsamen Allianz zwischen konservativen Ordoliberalen und linken Kapitalismuskritikern: Die Konservativen haben nie verstanden, dass »Finanzmärkte« keine Märkte sind, und verlangen daher, dass Banken wie jedes normale Unternehmen für ihre Verluste haften sollen. Die Kapitalismuskritiker wiederum sehen nicht ein, warum man kapitalistische »Zockerbuden« retten soll. Die Wut darüber, dass die Bankverluste am Ende bei den Steuerzahlern hängenbleiben, ist verständlich. Aber der richtige Weg wäre, die Banken zu retten, sie zu verstaatlichen – und dann die Profiteure zur Kasse zu*

> *bitten, indem man die Steuern für die Vermögenden erhöht.“*

(S. 210)

Eurokrise, vier Krisen auf einmal

Der Begriff „Eurokrise“ führe in die Irre, solange man ihn im Singular benutze. Man habe es nämlich mit vier Verwerfungen zu tun:

1. Die Schuldenberge der Krisenländer seien den Kreditblasen geschuldet. (S. 217f.)
2. Die Währungszone sei falsch konstruiert, weil es an einer „Bremse namens Währungsrisiko“ fehle. (S. 220f.)
3. Eine „Wettbewerbskrise“, ausgelöst durch die deutsche Agenda 2010 führe zu einer „Deflationsspirale“. (S. 22f.)
4. Eine „Managementkrise“ durch die Politiker der Eurozone. (S. 226) Die Troika hätte einmal mehr Volkswirtschaft mit Betriebswirtschaft verwechselt. Der eingeschlagene Sparkurs habe noch nirgendwo Probleme gelöst, sondern, weil die Nachfrage fehle, in die wirtschaftliche (und gesellschaftliche) Depression geführt – mit gefährlichen Konsequenzen auch für die Demokratie.

Die Alternative zur Lösung der „Schuldenkrise“ wäre gewesen, dass (wie in Irland) die Zentralbank eingesprungen wäre und die Staatsanleihen aufgekauft oder die Schulden prolongiert hätte. Die Briten hätten diesen „Trick“ schon im 19. Jahrhundert angewandt. (S. 228) Die Europäische Zentralbank müsse endlich zu einer normalen Notenbank werden, sonst sei sie bald überflüssig, weil der Euro auseinanderbreche.

> *„Genaugenommen gäbe es nur einen einzigen Kostenpunkt: Man muss ein Konjunkturpaket für den Süden auflegen. Griechenland, Portugal und Spanien benötigen Hilfe, um Arbeitslosigkeit, Armut und Hoffnungslosigkeit zu bekämpfen. Diese Unterstützung könnte sich die Eurozone mühelos leisten. Der Rest der Rettung wäre umsonst zu haben.“*

(S. 229)

Sollte der Euro auseinanderfliegen, wären die Deutschen nicht nur die

Hauptverursacher, sondern auch die größten Verlierer: Die neue „D-Mark“ würde rasant aufgewertet, so dass Auslandsvermögen vernichtet und die Exportindustrie schwer geschädigt würden. (S. 230)

Einige Vorschläge für eine echte Zukunftsvorsorge

Ulrike Herrmann beschränkt sich in ihrem neuen Buch nicht auf historische Erklärungen und die Beschreibung ökonomischer Abläufe, sie macht auch konkrete Vorschläge für eine echte Zukunftsvorsorge:

> *„Erstens: Der Staat darf nicht darauf warten, dass die Firmen investieren – sondern investiert selbst.*
>
> *Zweitens: Um diese sinnvollen Projekte zu finanzieren, könnte der Staat ruhig Vermögensteuern erheben. Die überflüssigen Ersparnisse der Reichen würden ein wenig abgesaugt – und zudem wäre es nur gerecht...*
>
> *Drittens: Die deutsche Wirtschaft wird kaum oder gar nicht wachsen, solange die Reallöhne stagnieren. Auch dies ist reine Logik. Wachstum bedeutet, dass mehr Güter hergestellt werden. Aber wer soll diese zusätzlichen Produkte kaufen, wenn die Gehälter nicht steigen?...*
>
> *Viertens: Da sowieso zu viel gespart wird, ist es äußerst ungünstig, wenn der Staat seine Bürger auch noch zum Sparen zwingt, indem er die private Altersvorsorge forciert. Die Riester-Rente ist eine Vermögensvernichtungsmaschine.*
>
> *Fünftens: Wenn die Finanzblase nicht platzen soll, muss verhindert werden, dass sie sich weiter aufpumpt. Eine Finanztransaktionssteuer könnte dabei helfen...“*
> *Darüber hinaus müsse das Eigenkapital der Banken und Schattenbanken deutlich steigen, so dass sie Verluste selbst tragen könnten: „Banken können ruhig wieder zu Sparkassen werden.“*

(S. 237)

Auch Ulrike Herrmann gerät am Schluss in die Denkfalle des „exponentiellen Wachstums“

Wie schon einleitend gesagt, man kann an manchen Darstellungen der ökonomischen Abläufe oder an mancher journalistischen Zuspitzung Kritik im Detail üben, aber gerade Ulrike Herrmanns Mut, die Dinge so einfach wie möglich zu erklären, machen ihr neues Buch lesenswert und regen zur Auseinandersetzung mit ihren Thesen an. Ihre historische Betrachtung der Entwicklung des Kapitalismus erlaubt es, den durch den Mainstream der ökonomischen Lehre verengten Denkhorizont zu erweitern, ja sogar eine realistische Perspektive für eine alternative Wirtschafts- und Finanzpolitik zur angeblichen Alternativlosigkeit des derzeitigen politischen Kurses zu öffnen.

Unbefriedigend empfinde ich aus meiner Sicht den Ausblick im Schlusskapitel dieses Buches unter der bezeichnenden Überschrift „Der Untergang des Kapitals“.

Die Autorin verweist zwar selbst darauf, dass seit es den Kapitalismus gibt, auch sein Untergang beschworen wurde, dass sich aber bisher jeder getäuscht habe, der ein Ende des Wachstums vorhersagte.

Ob Ulrike Herrmann sich nicht gleichfalls täuscht, wenn sie dieses Ende des Wachstums und damit des (derzeitigen) Kapitalismus als „unausweichlich“ prognostiziert?

Nicht nur im Schlusskapitel, sondern auch an vielen anderen Stellen ihres Buches verfällt sie unversehens in einen Fehler, den sie an anderer Stelle etwa den Zinskritikern vorhält, sie übernimmt den Jargon der Wachstumskritiker und redet von der Unmöglichkeit „exponentiellen Wachstums“ (S. 9, 10, 18, 20, 131).

Wenn eine bestimmte Größe in der Zeit um einen bestimmten Prozentsatz wächst, bekommt man eine Exponentialfunktion, eine Kurve, die im Himmel endet. Das ist mathematisch unausweichlich und scheint vielleicht deshalb auf den ersten Blick für Viele als so zwingend. Doch woran misst man diese Größe, die wächst? Wachstum, wie es heutzutage gemessen wird, ist eine positive jährliche Veränderung des Bruttosozialprodukts und damit der Messgrößen, die in diese Rechnung eingehen – ein statistischer Wert also. In einer Volkswirtschaft kann jedoch sehr Verschiedenes passieren, was sich in Wachstumsziffern niederschlägt. Natürlich setzen die in der Erdkruste vorhandenen Rohstoffe Grenzen; selbstverständlich kann die Erde und die Luft nicht grenzenlos verseucht und belastet werden, ohne dass sich die Menschheit selbst ausrottet. Aber müssen Ressourcenverzehr und Umweltbelastung auch zwingend die Grenzen für Wachstum sein? Warum sollten Unternehmen nicht etwas unternehmen können, was Ressourcen schont, was die Natur renaturiert? Können

selbst unter den Triebkräften des Kapitalismus nicht Werte geschaffen werden, die den allgemeinen Wohlstand mehren, ohne dass man an physikalische Grenzen stoßen müsste?

Mir fielen dazu tausende Projekte ein, volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch Sinnvolles zu ´unternehmen` und damit für qualitatives Wachstum zu sorgen. Das finge von der besseren Bildung der jungen Menschen an, ginge über sinnvolle Leistungen zur Integration von Zuwanderern und hörte bei der Altenpflege nicht auf. Dazu gehörte die Ausschöpfung erneuerbarer Energien genauso, wie eine nachhaltige Landwirtschaft oder der Ersatz der derzeitigen Mobilität durch neue, umweltverträglich Kommunikationsformen. Warum sollte es technischen Fortschritt nicht mehr geben, ohne den – wie Ulrike Herrmann selbst schreibt (S.83) – der Kapitalismus am Ende wäre?

„Wachstum ist das, was die Gesellschaft wünscht“ (Heiner Flassbeck) und nicht das, was an physischer, ressourcenverzehrender „Ware“ produziert wird.

Aber natürlich – und da bin ich wieder bei Ulrike Herrmann – ginge das nicht ohne den Staat als „Pionierunternehmer“, d.h. ohne die Politik als die Gestaltungsmacht, für das, was sich eine Gesellschaft wünscht. Warum sollte ein veränderter Kapitalismus, der doch angeblich die menschlichen Bedürfnisse am besten befriedigen kann, bei entsprechenden Rahmenbedingungen dies auf lange Sicht nicht gleichfalls leisten können. Ob man diese Form des Wirtschaftens dann noch Kapitalismus nennen würde, ist eine andere Frage.

Das Buch „Der Sieg des Kapitals“ endet mit einer optimistischen Aussage:

> *„Es wird sich ein neues System herausbilden, das heute noch nicht zu erkennen ist. Aber es wird seine Zeitgenossen genauso überraschen, wie es der Kapitalismus tat, als er 1760 im Nordwesten Englands entstand. Niemand hat ihn erwartet, niemand hat ihn geplant – und trotzdem gibt es ihn. Es gehört zu den faszinierenden Eigenschaften des Menschen, dass er seine eigenen Kulturleistungen weder vorhersieht noch gänzlich versteht. Wo der Mensch ist, ist das Ende offen.“*

Wie sich solch ein „neues System“ herausbilden könnte und vor allem, wie man darauf in einer Demokratie, die eine Mehrheit in der Gesellschaft braucht,

hinarbeiten könnte, das wäre vielleicht das Thema eines nächsten Buches von Ulrike Herrmann. Das Schlusskapitel ihres jetzt vorgelegten Buches, könnte also die Einleitung für ein neues Werk sein.

Bibliografische Angaben:

Ulrike Herrmann, Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen.
Westend Verlag, Frankfurt a.M., 1913
ISBN: 978-3-86489-044-4
288 Seiten
19,99 Euro